DER FREIE BAUER

LANDWIRTSCHAFTSZEITUNG FÜR OBERÖSTERREICH

DER LK-WILDSCHADENSBERATER

Interview mit Wolf-Dietrich Schlemper

Der Posten der Wildschadensberater wurde im Zuge der Novellierung des Jagdgesetzes geschaffen. „Der Freie Bauer“ wollte wissen, wie Wolf-Dietrich Schlemper die aktuelle Situation des Waldes einschätzt. Eine gemischte Bilanz...

Seite 16-17

Foto: privat

IN ÖSTERREICH LIEGT DER SELBSTVERSORGUNGSGRAD BEI HONIG BEI 52 PROZENT. UM DIE GROSSE NACHFRAGE ZU STILLEN, WIRD VON DER EU VOR ALLEM HONIG AUS CHINA, DER UKRAINE UND ARGENTINIEN IMPORTIERT. DIE QUALITÄT: MANGELHAFT!

Der Schwindel mit dem flüssigen Gold

Kauft Honig aus Österreich

REPORTAGE AUF SEITE 18-19

Foto: pixabay

Das Maßnahmenpaket des Ministerrates

Land- und Forstwirtschaft sollen unterstützt, Kalamitäten durch Trockenheit, aber auch Forstschäden sollen abgefedert werden.

Seite 2-3

Fakten statt Emotionen beim Thema Wolf

Seit Monaten wird eine emotionale Debatte über die Folgen der Rückkehr des Wolfes in die Kulturlandschaft Mitteleuropas geführt.

Seite 8-9

Pro Silva lud zur Regionaltagung

Waldbegehung und offene Diskussion in Schärding zur Fragestellung „Wie kann unser Wald zukunftsfit gemacht werden?“

Seite 14-15

Endlich kommt die Herkunftskennzeichnung

Die LK OÖ setzt sich inzwischen intensiv für die Forderung der Freiheitlichen Bauern einer durchgehenden Herkunftskennzeichnung ein.

Seite 22

Ausgabe 02/18 (15.06.18)

Der Freie Bauer - Landwirtschaftszeitung für Oberösterreich
Freiheitliche Bauernschaft OÖ, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz
Kontakt: redaktion@derfreiebauer.info, www.derfreiebauer.info
P.b.b. - SP - 07Z037583S - Verlagspostamt 4020 Linz

ASP IN POLNISCHEM GROSSBETRIEB

Im Osten Polens ist auf einem Großbetrieb die Afrikanische Schweinepest (ASP) ausgebrochen. Das bestätigte das staatliche Veterinärinstitut. Im Betrieb an der Grenze zu Weißrussland, etwa 200 km östlich von Warschau entfernt, werden insgesamt 5.909 Schweine gehalten; 21 von ihnen sind bisher erkrankt.

Foto: pixabay

PEINLICH: DLG-PREIS FÜR „FALSCHE“ WURST

Das ZDF-Magazin „Frontal 21“ hat die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) bloßgestellt. Der Sender hat eine eigene Wurst kreiert und diese bei der DLG zur Prämierung eingereicht. Die Wurst erhielt die Silbermedaille. Sie bestand aus Wasser und 46 % Abfällen aus der Fleischproduktion.

Foto: pixabay

HC STRACHE: CETA DIE ZÄHNE GEZOGEN

In einer Aussendung nahm Vizekanzler HC Strache Stellung zum derzeitigen Stand des CETA-Abkommens: „Freihandel ist für Österreich und seine Unternehmen als Exportnation sehr wichtig. Ursprünglich haben SPÖ und ÖVP geplant, CETA gemeinsam mit TTIP (Freihandelsabkommen mit den USA) zu beschließen. Die FPÖ hatte als Oppositionspartei – auch im Zuge der Bundespräsidentschaftswahl – diese beiden Abkommen abgelehnt, weil sie in der damaligen Form massive Verschlechterungen für Wirtschaft und Konsumenten bedeutet hätten. Seit dieser Ablehnung hat sich Wesentliches geändert.“

Wichtigster Punkt: „Private Schiedsgerichte und die damit verbundene Aushöhlung staatlicher Gerichtsbarkeit wurden verhindert. Stattdessen kommt eine öffentlich-rechtliche Investitionsgerichtsbarkeit. Berufungsmöglichkeit und Verfahrenstransparenz sind jetzt gewährleistet.“

Foto: FPÖ OÖ

Die Bundesregierung beschließt Hilfsmaßnahmen für

Maßnahmenpaket des Ministerrats die land- und forstwirtschaftlichen

Die ÖVP/FPÖ-Bundesregierung hat im Ministerrat sieben konkrete Maßnahmen beschlossen, um die heimische Land- und Forstwirtschaft wirkungsvoll zu unterstützen. Vor allem die Kalamitäten durch Trockenheit, aber auch Forstschäden sollen abgefedert werden.

Unterteilt hat das Ministerium die Maßnahmen in langfristige und kurzfristige Hilfen. Neben der Erhöhung der Beratungstätigkeit für betroffene Land- und Forstwirte, sollen Elementarrisikoversicherungen in Höhe von sechs Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden.

Kurzfristig hat der Ministerrat beschlossen, eine Überschreitung des 75-Prozent-Getreide-Maisanteils zuzulassen. Damit Ertragsausfälle durch den Befall der Zuckerrübe aufgefangen werden können, soll der Anbau von Körnermais als Ersatzeinnahmequelle erlaubt werden. Zusätzlich sollen Biodiversitätsflächen zur Entschärfung von Futtermittelknappheit genutzt werden können und auch der Anbau von einjährigen statt zweijährigen Biodiversitätsflächen nachfolgend auf umgebrochene Zuckerrüben wird ermöglicht. Für Flächen zwischen fünf und zehn Prozent der Ackerfläche wird eine Prämie in Höhe von 450 Euro gewährt.

Eine Vereinheitlichung der Versicherungssteuer bei allen landwirtschaftlichen Elementarrisikoversicherungen steht ebenso am Programm, wie die Einführung einer steuerlichen Risikoausgleichsrücklage.

In der Forstwirtschaft wird es beschränkt erlaubt sein, die Schadholzlagerung und -manipulierung auf beihilfefähigen Flächen ohne Beihilfeverlust durchzuführen.

LANDWIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH: JOSEF MOOSBRUGGER NEUER PRÄSIDENT

Foto: LK ÖAPA-Fotoservice/Juhasz, Fotogenfirn Kristian Juhasz

Der Vorarlberger Josef Moosbrugger (Jahrgang 1966) ist zum neuen Präsidenten der LK Österreich gewählt worden. In seiner Heimat Dornbirn bewirtschaftet er einen Milchwirtschafts- und Ackerbaubetrieb. Moosbrugger macht sich für einen Antrag der Freiheitlichen Bauern stark: „Eine bundesweit durchgängige Lebensmittelkennzeichnung nach französischem Vorbild gibt den Konsumenten höchstmögliche Sicherheit über die Herkunft und stärkt die Marktposition der heimischen Produzenten."

IM MINISTERRAT WURDEN SIEBEN KONKRETE MASSNAHMEN BESCHLOSSEN, UM DIE HEIMISCHE LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT ZU UNTERSTÜTZEN

Foto: pixabay

die Landwirte entlastet Betriebe

Gleiches gilt für die Beseitigung von Käferholz: Mit der Anerkennung als „außergewöhnlicher Umstand" ist Lagerung und Manipulierung von Käferholz auf beihilfefähigen Flächen ebenfalls kurzfristig erlaubt.

Das Ziel der schwarz-blauen Regierung ist es vor allem, die aktuelle und akute Notlage vieler heimischer land- und forstwirtschaftlicher Betriebe durch Trockenheit und Sturm- und Käferkalamitäten so rasch und unbürokratisch wie möglich zu mildern, damit die Schließung vieler Betriebe verhindert werden kann.

Mercosur: Die Bauern sind gegen das Abkommen

Die EU verhandelt ein Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Ländern. Das sind Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay. Verhandelt wird seit 1999. Nach fünf Jahren hat man die Gespräche abgebrochen. Sechs Jahre war Funkstille, im Mai 2010 haben beide Seiten die Verhandlungen wieder aufgenommen. Nach mehreren Verhandlungsrunden wollen beide Seiten das Abkommen Ende 2018 abschließen.

Das Abkommen birgt aber auch Gefahren für den Standort Österreich. So fürchten vor allem die Bauern, mit den Fleisch-Importen aus Argentinien nicht mithalten zu können. Die dortige Fleischindustrie setzt auf Masse: Großbetriebe bewirtschaften bis zu 40.000 Rinder oder 100.000 Stück Geflügel. Die Landwirtschaft und Viehzucht in Österreich ist hingegen kleinstrukturiert – sie setzt auf Qualität, kann aber mit den Billigpreisen nicht mithalten, wenn der Konsument sich nur am Preis und nicht an der Qualität orientiert. Die Fleischpreise könnten um 15 Prozent fallen.

Foto: pixabay

Letzte rechtliche Hürden überwunden

Bayer schluckt Monsanto

Es ist der größte Zukauf eines deutschen Unternehmens in der Geschichte und ein sehr umstrittener noch dazu: Nach mehr als eineinhalb Jahren ist Bayer bei der Übernahme des US-Saatgutriesen Monsanto am Ziel. Der Pharma- und Agrarchemiekonzern Bayer wird mit dem rund 63 Milliarden Dollar schweren Zukauf alleiniger Eigentümer von Monsanto.

Für den Zukauf liegen Bayer inzwischen alle behördlichen Freigaben vor. Die entscheidende Hürde hatten die Leverkusener nun mit der Genehmigung des US-Justizministeriums genommen, die der Übernahme unter Auflagen grünes Licht gegeben hatte.

Eine der ersten Maßnahmen des Bayer-Konzerns wird es sein, dass der Name Monsanto gestrichen wird. Man sei sich bewusst, dass der Firmenname inzwischen so stark in der Öffentlichkeit belastet sei, dass die Marke sich nicht mehr halten lasse.

Foto: pixabay

Kommentar

MERCOSUR VERHINDERN!

Unsere Aufgabe ist es, auf das Wohl der Österreicher zu schauen, denn Mercosur bringt nicht nur für die Landwirtschaft große Nachteile. Nach dem Anschlag der EU auf den Milchmarkt, droht der nächste durch EU-Mercosur auf den Fleischmarkt. So lange aber unsere krisengebeutelte Landwirtschaft nicht besser dasteht, können wir einem solchen Abkommen sicher nicht zustimmen. Unsere hohen Gesundheits-, Sozial- und Umweltstandards werden in den Mercosur-Staaten nämlich bei weitem nicht eingehalten. Fleisch wird in riesigen „Tierfabriken" Südamerikas produziert, damit es dann in Europa günstig angeboten werden kann.

MAXIMILIAN LINDER

Es besteht daher die große Gefahr, dass dann diese Billigimporte den österreichischen Markt überschwemmen und unsere hochqualitativen Lebensmittel verdrängen – gerade unser Fleischmarkt würde dadurch sehr betroffen sein. Unsere Aufgabe ist es aber, auf das Wohl der Österreicher zu schauen, denn Mercosur bringt nicht nur für die Landwirtschaft große Nachteile.

Wir müssen nämlich darauf achten, dass Österreichs Bevölkerung auch in Zukunft mit hochwertigen Lebensmitteln versorgt wird.

Die Österreicher können sich aber auch beim geplanten Mercosur-Pakt mit Südamerika auf die FPÖ verlassen, denn wir werden in erster Linie auf unsere heimische kleinstrukturierte Landwirtschaft schauen, diese fördern und unterstützen.

HUND BEISST JUNGER JOGGERIN IN DEN PO

Was ging nur im Kopf dieses Tieres vor sich? Im deutschen Löningen (Niedersachsen) hat ein Hund Ende Mai einer nichts ahnenden 21-jährigen Joggerin in das Popscherl gebissen. Das Herrchen soll den Vierbeiner nicht zurückgerufen haben, als dieser die junge Sportlerin attackierte. Anzeige wegen Körperverletzung!

Foto: pixabay

FPÖ SCHENKT POLIZEI IN LAMBACH FARBDRUCKER

Für Farbdrucke mussten die Polizisten der Inspektion Lambach bisher nach Marchtrenk fahren. Das hat nun ein Ende: LH-Stv. Haimbuchner und der Bürgermeister von Stadl-Paura Christian Popp (beide FPÖ) spendierten den Beamten nun einen Drucker. Die künftigen Kosten für die Farbtoner übernimmt Popp.

Foto: FPÖ OÖ

Foto: pixabay

Wohnen in Wels günstiger

Mit einer durchschnittlichen Nettomiete von 9,80 Euro pro m² samt Betriebskosten zählt Wels zu den günstigsten Wohnorten in Österreich. Das geht aus dem aktuellen Mietpreisbarometer der Plattform immowelt.at hervor. Zugleich ging innerhalb von fünf Jahren die Zahl der Wohnungssuchenden in Wels um mehr als die Hälfte zurück. Denn im FPÖ-regierten Wels herrscht rege Bautätigkeit durch Genossenschaften und private Bauträger vor. Die freiheitliche Vizebürgermeisterin und Wohnungsreferentin Christa Raggl-Mühlberger verspricht, auch zukünftig leistbaren Wohnraum für die Welser zu ermöglichen und durchzusetzen.

Informationen und Tipps rund um

Für die ganze Familie: sich für Elternbildung

Die anstehende Geburt des ersten Kindes stellt werdende Eltern – auch in Oberösterreich – vor anspruchsvolle Aufgaben. Neben Informationen zur Schwangerschaft stellen sich viele Fragen, unter anderem zur Erziehung, Ernährung, Behördengängen und Gesundheit des Nachwuchses.

Das Familienreferat des Landes Oberösterreich möchte den angehenden Müttern und Vätern nun wertvolle Unterstützung geben. Dazu sollen Angebote der Elternbildung in den Mutter-Kind-Pass integriert werden. Landeshauptmann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner (FPÖ) hat dazu einen entsprechenden Antrag im Rahmen der Konferenz der Landesfamilienreferenten in St. Pölten eingebracht: Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

„Elternbildung dient dem Wohle der gesamten Familie. Mir ist es ein großes Anliegen, noch mehr Eltern so früh wie möglich zu erreichen und ihnen Tipps und Informationen zu den Themen Erziehung, Familienkultur und Partnerschaft bieten zu können. Integriert man die Angebote der Elternbildung in den Mutter-Kind-Pass können so

Bizarre „Klo-Uni“ sorgt für zahlreiche Lacher im Netz

Regelmäßig sorgen Architekten in China und weltweit für Aufsehen. Dabei sind es weniger bauliche Meisterwerke, sondern die bizarren Formen einiger chinesischer Gebäude, die vor allem die Aufmerksamkeit von Nutzern des Internets auf sich lenken. Jüngstes Beispiel: Ein zwölfstöckiges Gebäude der Universität der Stadt Zhengzho. Der bereits vor mehreren Jahren errichtete Bau erinnert an eine riesige Klo-Schüssel und geistert nun erneut weltweit durchs Netz. Die Kommunistische Partei Chinas hat jedoch bereits 2016 den Bau bizarrer Bauten untersagt!

Foto: 郑州大学

CHAOS: REH VERIRRT SICH IN LINZER TUNNEL

Zu einer Totalsperrung des Linzer Bindermichl-Tunnels kam es am 3. Juni wegen eines verirrten Rehs. Das hilflose Tier soll sich bereits mehrfach in der Röhre verlaufen haben. Die Polizei entdeckte das angefahrene Tier am Pannenstreifen. Das Reh wurde vom Jäger erlöst, nach 15 Minuten wurde der Tunnel freigegeben.

Foto: Flickr, Dornenwolf (CC BY-SA 2.0)

LINZ: ALKOHOLVERBOT BEFRIEDET HESSENPARK

Das am 24.5. im Linzer Gemeinderat beschlossene Alkoholverbot für den Hessenpark zeigt Wirkung: Dealer und aggressive Trinker scheinen den Park laut Polizei nun zunehmend zu meiden. „Das Alkoholverbot soll bis Jänner 2019 evaluiert werden“, betont der Linzer Vizebürgermeister Detlef Wimmer (FPÖ).

Foto: FPÖ Linz

Erziehung, Kultur, Partnerschaft

Haimbuchner setzt in Oberösterreich ein

früh wie möglich und nahezu alle werdenden Eltern erreicht werden“, erklärt Haimbuchner. Auf diese Weise sollen angehende Eltern im Rahmen des wichtigen Mutter-Kind-Passes bereits vor der Geburt des ersten Kindes flächendeckend informiert werden. Denn insbesondere während der Schwangerschaft haben Paare einen besonderen Bedarf nach Hilfestellung und Unterstützung. Das Bildungsangebot soll durch Familienberatungsstellen, Eltern-Kind-Zentren und viele weitere Einrichtungen gewährleistet werden, es richtet sich vor allem auch an sozial schwache österreichische Familien. Der Mutter-Kind-Pass bietet so neben praktischen Gutscheinen auch umfangreichere Informationen zu Bildungsangeboten, die in Oberösterreich möglichst viele Familien erreichen sollen. Der Bedarf unter werdenden Eltern ist groß. „Mehr als 64.000 Gutscheine wurden eingelöst“, betont Haimbuchner. Eltern erhalten bei der Geburt des Kindes zudem einen entsprechenden Gutschein. Weitere Gutscheine gibt es jeweils zum dritten, sechsten sowie zehnten Geburtstag des Nachwuchses.

MÖCHTE WERDENDE ELTERN UNTERSTÜTZEN: MANFRED HAIMBUCHNER

Foto: Land OÖ/Schauer

HAT WICHTIGE SANIERUNGEN AUF DEN WEG GEBRACHT: GÜNTHER STEINKELLNER

Foto: FPÖ OÖ

Sicherheit auf der Straße: In Steyr wird jetzt saniert

Die Zahl der Individualverkehrs-Teilnehmer nimmt in Oberösterreich kontinuierlich zu. Damit geht auch ein höherer Bedarf an Sanierungen und Wartungen im Straßenverkehr einher. Ende Mai wurden deshalb in Steyr Arbeiten an der Infrastruktur begonnen.

„Um den Verkehr sicher zu gestalten und unsere bestehende Infrastruktur in Schuss zu halten, sind regelmäßige Wartungs- und Sanierungsmaßnahmen unumgänglich“, erklärt der oberösterreichische Landesrat für Infrastruktur Günther Steinkellner, der sich mit Nachdruck für die wichtigen Sanierungen und Wartungen eingesetzt hat. Im Rahmen der Planungen gelang es, die Baumaßnahmen unter Aufrechterhaltung des regulären Verkehrs stattfinden zu lassen. Durchgeführt werden im Steyrer Stadtgebiet eine Generalsanierung der Märzenkellerbrücke und in weiterer Folge eine Sanierung der Unterführung Damberggasse. Auch auf der B115 Eisenstraße finden Sanierungen statt, denn bei der Kreuzung mit der Werkstraße sowie der Kiernbergstraße im Gemeindegebiet von St. Ulrich kam es bisher gehäuft zu Unfällen.

„Im Zuge der Wartungsarbeiten wird die Verkehrsinfrastruktur in Steyr auf den aktuellen Stand gebracht und somit die Verkehrssicherheit nachhaltig gefördert“, betont der freiheitliche Landesrat Günther Steinkellner. Dabei sollen insgesamt rund 1,4 Millionen Euro investiert werden. Die während der Baumaßnahmen erforderlichen Umleitungen erfolgen dabei vom Ennstal kommend Richtung Norden am Straßennetz der Stadt Steyr. Vom Kreisverkehr Rederbrücke im Norden verläuft der Verkehr jeweils halbseitig auf der B115 nach Süden. Entlang der Unterführung der Damberggasse gibt es eine Regelung mit Ampeln.

PODGORSCHEK SICHERT WASSER-FÖRDERUNG

Bei der Sitzung der zuständigen Kommission in Wien konnte Wasser-Landesrat Elmar Podgorschek Mitte Mai mehr als zehn Millionen Euro Bundesförderung für Projekte in der oö. Wasserwirtschaft sichern. Man werde das Geld „bestmöglich einsetzen, damit unsere Bevölkerung“ profitiert, betont Podgorschek.

Foto: FPÖ

DIE STÄRKSTEN BLITZE GAB ES IM MAI IN OÖ

329.891 Blitzentladungen registrierte das Blitzmessnetz von UBIMET diesen Mai österreichweit. Die beiden Blitze mit der höchsten Stromstärke gab es in OÖ: Ganze 342.400 Ampere wies eine gewaltige Himmels-Entladung in Piberbach auf. An zweiter Stelle: Ein Brutalo-Blitz in Rutzenham mit 330.500 Ampere.

Foto: Pixabay

Neue Radlerkarte für die Stadt Wels

Einen aktuellen Überblick über mehr als 60 km Radweg in Wels bietet eine neue Karte. Erstmals ist auch das Radwegenetz in Thalheim verzeichnet. Es handle sich um „eine hilfreiche Unterstützung“, betont Bürgermeister Dr. Andreas Rabl (FPÖ). Erhältlich ist die Karte unter anderem im Bürgercenter des Welser Rathauses sowie bei der Wels Info.

Foto: Stadt Wels

Haimbuchner: Wohnkosten für Junge jetzt senken

Förderung für Geringverdiener

Die Mietkosten sind gerade für junge Geringverdiener in vielen Regionen erheblich angestiegen. Für Mieter in Genossenschaftswohnungen nahmen die Kosten laut „Statistik Austria“ zwischen 2008 und 2015 um 17 Prozent, auf dem freien Markt sogar um 31 Prozent zu.

Oberösterreichs Landeshauptmann-Stellvertreter und Wohnbau-Referent Manfred Haimbuchner (FPÖ) sieht die Ursache dieser Entwicklung vor allem in überbordenden bürokratischen Vorschriften und sehr hohen Qualitätsansprüchen. Er kündigte deshalb nun ein neues Fördermodell für junge Geringverdiener an. Billigstwohnungen sollen – neben der normalen Wohnbauförderung sowie dem Projekt „Junges Wohnen“ – günstiges Mieten ermöglichen. „Dabei könnte man etwa auf einen Lift und umfassende barrierefreie Maßnahmen verzichten, weil diese den sozialen Wohnbau immer mehr verteuern“, erklärt Haimbuchner. Rechtliche und technische Voraussetzungen für die Bauträger würden gerade erarbeitet werden. „Wir wollen in OÖ vor allem Härtefälle bei den Geringverdienern abmildern. Daher sollen weiterhin über den sozialen Wohnbau die Wohn- und Mietpreise auf einem gesunden Niveau gehalten werden“, unterstreicht Haimbuchner.

Hein will Bauprojekte in Linz weiter vorantreiben

Diese Entwicklung stimmt positiv: Zum April 2018 sind die offiziellen Arbeitslosenzahlen in Linz um 13,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Der Linzer Infrastruktur-Stadtrat Markus Hein (FPÖ) nimmt die Entwicklung zum Anlass, die Realisierung weiterer Bauprojekte in der Stadt einzufordern. „Vom Neubau der Eisenbahnbrücke über die Errichtung der Westringbrücke und der Bypässe zur VOEST-Brücke bis hin zur Parkplatzsperre des Urfahraner Marktgeländes und der Festlegung der neuen Schienenachse mussten in den vergangenen zwei Jahren viele schwierige und zukunftsweisende Entscheidungen getroffen werden. Die meisten dieser Projekte stehen jetzt am Anfang der Umsetzung und werden das Leben in Linz nachhaltig verändern“, erklärt Hein. Diese Maßnahmen würden es auch ermöglichen, den Rückgang der Arbeitslosigkeit zu fördern. Hein fordert eine „konsequente Umsetzungsphase“.

Foto: FPÖ Linz

Das Steyrer Stadtfest naht

Heuer ist es wieder soweit: Zum 39. Mal findet in Steyr wieder das beliebte Stadtfest statt. Die Mega-Veranstaltung beginnt am Freitag, den 22. Juni und endet am Sonntag, den 24. Juni. Das Eröffnungskonzert wird dabei am Freitag ab 20 Uhr von der bekannten österreichischen Gruppe „folkshilfe“ gegeben, die für ihren ganz eigenen „Quetschn-Synthi-Pop“ bekannt ist. Auf dem umfangreichen Programm stehen unter anderem auch ein Familientag für Groß und Klein, Tanz- und Sportvorführungen, das „Grünland-Open-Air“ im Schlosspark, das LIWEST-Riesenfeuerwerk, eine Modenschau am Stadtplatz sowie der Stadtlauf.

Foto: pixabay

STUDIEREN JETZT AUCH SCHWÄNE AN DER JKU?

Da dürften einige Studenten gestaunt haben: Am 5.6. watschelte eine ganze Schwanenfamilie direkt ins Managementgebäude der Linzer „Johannes Kepler Universität“ (JKU). Ein Video der süßen Watschler sorgt jetzt für Lacher im Netz. Ob die Schwanenfamilie für die Uni-Prüfungen eifrig lernt, bleibt ungewiss.

Foto: pixabay

WELSER POLIZEI FÄNGT ENTLAUFENES SCHAF

So ein Foto gibt es auch nicht alle Tage: Auf Facebook und Twitter veröffentlichte die Polizei Oberösterreich ein Foto von drei Welser Kollegen, die stolz ein angeleintes Schaf namens „Shaun“ präsentieren. „Schafeinsatz glückte dank Klettersteig-Gurt“, betont die Polizei. Das Tier sei nun wieder beim Bauern.

Foto: LPD OÖ

Foto: Land OÖ

◁ *Katastrophenschutz-Landesrat Elmar Podgorschek setzt jetzt unter anderem das Schutzprojekt Dürnbach um, das Weyer und Umgebung schützen soll.*

Schäden in Millionenhöhe wurden so verhindert

Effektiver Schutz vor Hochwasser

2013 überflutete ein massives Hochwasser Teile Nieder- als auch Oberösterreichs und sorgte für verheerende Schäden. Die Betroffenen klagten über hohe Belastungen. Seitdem hat das Land OÖ unter Katastrophenschutz-Landesrat Elmar Podgorschek zahlreiche Maßnahmen ergriffen.

Seit dem Jahrhunderthochwasser von 2013 wurden in Oberösterreich insgesamt 650 Projekte für den Hochwasserschutz verwirklicht. Das Gesamtvolumen der Projekte beläuft sich auf 380 Millionen Euro – mit diesen Investitionen konnten indes weit höhere Schadenssummen verhindert werden. Allein mit dem Bau des Machland-Dammes wurde bereits 2013 ein mutmaßlicher Schaden von rund 500 Millionen Euro abgewendet, betont Podgorschek (FPÖ). Stark betroffen von umfangreichen Überflutungen waren hingegen das Eferdinger Becken, die Salzkammergutgemeinden sowie Schärding am Inn. Die Folgeschäden reichten in die Millionenhöhe. Insbesondere für das Eferdinger Becken wurde nach 2013 ein effektiver Finanzierungsrahmen beschlossen. Weitere Schutzprojekte sind unter anderem das Hochwasserrückhaltebecken Krems-Au, Gebersdorferbach, das Rückhaltebecken Gunzing sowie das Obere Donautal. Zu den neuesten Projekten zählt der Hochwasserschutz für Weyer (Bezirk Steyr-Land). „Hochwässer, Muren, Rutschungen, Steinschläge und Lawinen sind gefürchtete Naturereignisse, die ein Sicherheitsrisiko darstellen. Auch wenn nicht all diese Ereignisse zur Gänze verhindert werden können, wollen wir mit dem gemeinsamen Hochwasserschutzprojekt Dürnbach einen bestmöglichen Präventivschutz des Lebens-, Siedlungsraums sowie der Infrastruktur rund um das Ortszentrum von Weyer gewährleisten“, betonen Katastrophenschutz-Landesrat Podgorschek und Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner.

FÖRDERUNG FÜR „DORFMOBIL“

Mit ihrem „Dorfmobil“-Konzept sorgte die kleine Gemeinde Klaus an der Pyhrnbahn bereits europaweit für Aufsehen. Im Rahmen dieses „Mikro-Systems“ des Öffentlichen Verkehrs (ÖV) wird vor allem älteren Personen sowie Bürgern ohne Fahrzeug ein flexibler Fahrservice angeboten. Finanziert wird das Angebot des Vereins „Dorfmobil“ durch Fahreinnahmen, Spenden, Mitgliedsbeiträge sowie Sponsoren. Nun gibt es auch Förderung vom Land OÖ. „Das Modell Dorfmobil ist ein eindrucksvolles Beispiel für ein erfolgreich umgesetztes Mikro-ÖV-Konzept. Deshalb freue ich mich, dieses System, welches in der Bevölkerung hohe Akzeptanz und Beliebtheit genießt, finanziell zu unterstützen“, betont Infrastruktur-Landesrat Günther Steinkellner (FPÖ) stolz.

Foto: Land Oberösterreich

Die Herausforderungen durch die Rückkehr des

Der „böse“ Wolf ist wieder da - der

Seit vielen Monaten wird eine emotionale Debatte über die Folgen der Rückkehr des Wolfes in die Kulturlandschaft Mitteleuropas geführt. Die Vermischung von Fakten, falschen Informationen und Emotionen rund um das Thema „Wolf“ führen zu Unsicherheiten und Ängsten in der Bevölkerung. Daher ist es Zeit, die Fakten zusammenzutragen und einen Überblick zu geben.

Foto: Denali NPS, Gemeinfrei, Wikimedia

Der Wolf war lange Zeit einer der natürlich vorkommenden Beutegreifer in Mitteleuropa. Die letzten ansässigen Populationen in Österreich sind allerdings im Laufe des 19. Jahrhunderts erloschen. Im 20. Jahrhundert haben nur mehr vereinzelt Wölfe aus benachbarten Ländern das österreichische Staatsgebiet erreicht. Mit der Einführung strengerer Schutzbestimmungen in der Europäischen Union haben die Wolfspopulationen im Umfeld von Österreich sich stabilisiert oder sogar wieder vermehrt. Das gilt im besonderen Maße für die italienische Population, die sich in den letzten 30 Jahren bis in die Westalpen ausgebreitet hat.

Im Laufe der letzten 20 Jahre sind Wolfsbesuche in Österreich häufiger geworden und ab 2009 konnten sechs bis acht Individuen genetisch nachgewiesen werden, die bereits aus Österreich stammen. Heute gibt es eine ansässige Wolfspopulation in Allensteig/NÖ. In anderen Gebieten, wie etwa im Mühlviertel, ziehen einzelne Wölfe bisher nur durch und haben derzeit noch keine Population gebildet. Insgesamt dürften in Europa zwischen 10.000 und 20.000 Wölfe leben. In Österreich geht man derzeit von gut 15 Wölfen aus.

RÜCKKEHR & KONFLIKTE

Die Rückkehr der Wölfe ist grundsätzlich eine Bereicherung für die Natur, bedeutet aber in der Kulturlandschaft auch Konflikte mit den Interessen der Landnutzer. Das Spannungsfeld zwischen dem Willen, dem Wolf nach Möglichkeit Lebensräume zu bieten und den Interessen des Menschen, muss durch die Politik auf allen Ebenen gelöst werden. Kompliziert wird die Auflösung dieses Spannungsfeldes durch die verschiedenen involvierten Kompetenzbereiche der Politik: Europäische Union, Nationalstaaten und Bundesländer. Da der Wolf als großräumig agierende Art sich logischerweise nicht um nationale – oder gar Bundesländergrenzen – schert, ist eine Koordination und Abstimmung der verschiedenen politischen Ebenen notwendig.

SCHUTZ DES WOLFES

Rechtlich ist der Wolf durch zahlreiche internationale und nationale Bestimmungen geschützt, etwa im Anhang II der Berner Konvention als streng geschützte Tierart. Europarechtlich ist Isegrim in Anhang II der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH) 92/43/EWG als prioritäre Art aufgelistet und in Anhang IV der FFH-Richtlinie als streng zu schützende Art angeführt. Die Entscheidung über eine allfällige Änderung der FFH-Richtlinie muss jedenfalls auf europäischer Ebene erarbeitet werden.

GANZJÄHRIG GESCHONT

In der österreichischen Gesetzgebung fallen Jagd und Naturschutz in die Kompetenz der Bundesländer. Dabei müssen aber die Verpflichtungen zum Schutz des Wolfes in die Gesetze übernommen werden. In Oberösterreich steht der Wolf als ganzjährig geschonte Tierart im Jagdgesetz (§ 1 Abs 1 Oö Schonz-VO 2007) und fällt damit zunächst in die Kompetenz des

Fotos: pixabay / Bildpotpourri

Rechtsstatus des Wolfes

Geschützt wird der Wolf durch das Washingtoner Artenschutzabkommen und die Berner Konvention, welche den Handel mit und den Schutz von streng geschützten Arten regelt.

Für die EU gilt zusätzlich die Artenschutzverordnung und die FFH-Richtlinie, welche darauf abzielt, einen günstigen Erhaltungszustand der Natur und wildlebender Tier- und Pflanzenarten zu bewahren. Der Wolf ist dabei sowohl im Anhang II als auch im Anhang IV aufgelistet und unterliegt einem strengen Schutz. In Österreich wurde der Schutzstatus in die Naturschutz- und Jagdgesetze eingearbeitet und damit das Europarecht umgesetzt.

Wolfes in die heimische Kulturlandschaft wachsen

Streit um das Raubtier geht weiter

VON DEN NUTZTIEREN SIND VOR ALLEM SCHAFE UND ZIEGEN GEFÄHRDET

AUCH IN DER (KINDER-) LITERATUR IST DER WOLF NICHT UNUMSTRITTEN

Fotos: Von Le Petit Journal - Bibliotheque Nationale de France, Gemeinfrei

Landesagrarreferenten Max Hiegelsberger. Sollte der Wolf in Natura-2000-Gebieten im Standarddatenbogen mit dem Erhaltungsgrad A, B oder C eingestuft werden, also sich vermehren und ansässig werden, so wäre der Landesnaturschutzreferent Manfred Haimbuchner für diese Populationen zuständig. Eine Reproduktion in einem Natura-2000-Gebiet wurde aber bislang noch nicht nachgewiesen.

WOLFSMANAGEMENT

Die Entscheidung zum Umgang mit der Rückkehr des Wolfes erfordert daher Managementpläne, die möglichst alle Interessen schützen. Ein Wolfsmanagementplan für Oberösterreich ist daher unbedingt erforderlich, um einen Ausgleich zwischen dem von der EU und internationalen Abkommen geschützten Artenvielfalt und den Interessen der Landwirtschaft und der Bevölkerung

BEWUSSTSEINSBILDUNG

zu schaffen. In Oberösterreich ist für die politischen Entscheidungsträger klar, dass verschiedene Maßnahmen umgesetzt werden müssen. Eine Bewusstseinsbildung und Aufklärung in der Bevölkerung ist notwendig, ebenso wie eine klare Regelung bei Schäden durch den Wolf etwa bei Weidetieren in der Almwirtschaft und eine Verbesserung des Herdenschutzes. Auch eine Entnahme des Wolfes darf – unter bestimmten Voraussetzungen – kein Tabu, sondern sollte Teil eines Managementplanes mit Augenmaß sein.

EIN WOLF BENÖTIGT PRO TAG 3-4 KILO NAHRUNG

Fotos: pixabay

Steckbrief: Canis lupus

Der Wolf (Canis lupus) ist der größte Vertreter der Hundeartigen in Europa (in freier Wildbahn – manche Hunderassen können durchaus größer sein). Wölfe wiegen bei einer Schulterhöhe von 50-70 cm ca. 40 kg.
Ein Rudel umfasst in der Regel Elterntiere, Welpen und einjährige Jungtiere. Die durchschnittliche Rudelgröße liegt bei 6-8 Individuen. Jedes Rudel verteidigt ein Territorium bis zu mehreren hundert km². Ein Wolf benötigt 3-4 kg Nahrung (Fleisch, Haut und Knochen) pro Tag. Von den Nutztieren sind vor allem Schafe und Ziegen gefährdet, Rinder und andere größere Arten werden nur selten angegriffen.

Aus dem Landhaus

AN LINZ FÜHRT (K)EIN WEG VORBEI

Da führt kein Weg dran vorbei. Für manches in Linz trifft dieses Sprichwort sicherlich zu. So etwa wenn man Appetit auf eine Linzer Torte hat. In einem Punkt sollte aber zukünftig ein Weg an Linz vorbeiführen – nämlich eine Autobahn, die den Transitverkehr um Linz herumleitet.
Voraussichtlich 2024 wird der Ausbau der Autobahn von Budweis hin zur oberösterreichischen Landesgrenze fertiggestellt sein. Bald darauf wird auch der Autobahnabschnitt von Budweis nach Prag finalisiert sein. Von Berlin über Dresden, Prag bis nach Linz findet man dann ein durchgängiges, für den Transitverkehr höchst attraktives Streckennetz. Damit dann der komplette Transitverkehr nicht noch zusätzlich die Linzer Stadtautobahn verstopft und zum Erliegen bringt, ist die Linzer Ost-Umfahrung eines der wichtigsten Infrastrukturprojekte der nächsten Jahre.
Effiziente Verlagerungseffekte können aber nur dann erzielt werden, wenn sich gute Anbindungen ergeben und keine zusätzlichen Umwege in Kauf genommen werden müssen. Mit der Vorzugsvariante von Teffling über Steyregg bis zur Anschlussstelle Ebelsberg erreichen wir dieses Ziel.
Mir ist bewusst, dass sich mit der getroffenen Entscheidung sowohl Befürworter als auch ablehnende Meinungen entwickeln werden. Eine Lösung zu finden, mit der alle Beteiligten rundum zufrieden sein werden, ist leider eine utopische Wunschvorstellung.

GÜNTHER STEINKELLNER

VERHETZUNGSERMITTLUNGEN GEGEN „EU-BAUER“ MANFRED TISAL EINGESTELLT

Die Staatsanwaltschaft Klagenfurt hat die Ermittlungen gegen den „EU-Bauer“ und ehemaligen Kärntner Faschingsakteur Manfred Tisal eingestellt. Er hatte im vergangenen Sommer in einem Facebook-Posting Flüchtlinge „mit Adidasschuhen, Nike-Leiberln und Diesel-Jeans mit Smartphones“ kritisiert, die diesen gratis zur Verfügung gestellt würden. Sie seien „politisch legitimierte Sozialschmarotzer“. Die Staatsanwaltschaft schrieb, es sei Tisal nicht darauf angekommen „die Menschenwürde der Flüchtlinge zu verletzen“.

Foto: pixabay

Foto: Bundespressedienst / BKA, Christopher Dunker

Verschlankungen sollen das System fitter machen

Die Sozialversicherungsreform: Ein echtes Jahrhundertprojekt

Angekündigt wurde eine Reform des Sozialversicherungswesens schon viele Male, keine Bundesregierung hat sich aber an das heiße Eisen herangewagt. Die ÖVP/FPÖ-Bundesregierung will das Projekt jetzt endlich umsetzen.

Die Sozialversicherungen sind unbestritten eine der wichtigsten Errungenschaften unseres Sozialstaates, aber sie sind auch in die Jahre gekommen und dringend reformbedürftig. „Derzeit haben wir in unserem kleinen Österreich mehr als 21 unterschiedliche Systeme von Pflichtversicherungen mit divergierenden Leistungsansprüchen“, so FPÖ-Vizekanzler HC Strache bei der Präsentation der Reformpläne. Konkret sollen aus den derzeit 21 Sozialversicherungsträgern vier oder fünf werden. Die SV-Anstalt der Bauern (SVB) soll mit der SV-Anstalt der Gewerblichen Wirtschaft (SVA) fusionieren und künftig der Träger für Selbstständige sein (SVS). Diese Fusion soll schrittweise ab 2019 erfolgen und ab 2020 in die Vollfusion münden. Für Bauern soll weiterhin der Einheitswert die Beitragsgrundlage für die Berechnung bleiben. Wichtig soll auch sein, dass der neue Träger als Allspartenträger – Kranken-, Pensions- und Unfallversicherung – inklusive Beitragseinhebung strukturiert wird.
Bis 2023 soll durch die Reform eine Milliarde Euro vor allem durch Strukturverschlankung einsparen. „Eine Leistungskürzung für Versicherte wird es mit uns nicht geben“, stellte Strache klar.

DIE PAPPEL WIRD BAUM DES JAHRES 2018

Das Kuratorium Wald und das Ministerium für Nachhaltigkeit hat die Pappel zum „Baum des Jahres 2018“ gewählt. Sie bietet Lebensräume für andere Tiere und Pflanzen. Besonders gefährdet ist die Schwarzpappel. Da der Auwald als Lebensraum kaum mehr vorhanden ist, geht der Bestand immer mehr zurück.

Foto: pixabay

FEST DER BIENEN IN LINZ-URFAHR

Vom 22. bis 23. Juni findet im Österreichischen Imkereizentrum in der Pachmayrstraße 57, 4040 Linz das „Fest der Bienen“ statt. Es stehen interessante Fachvorträge rund um die Biene und das Imkern am Programm. Auch Führungen durch das Zentrum und Musik werden geboten. Infos: www.imkereizentrum.at

Foto: pixabay

Jugendschutz: Oberösterreich ist gegen eine zu liberale Regelung

Im Rahmen einer Konferenz konnten sich die Bundesländer in den meisten Bereichen auf einheitliche Bestimmungen im Jugendschutz einigen. Einzig bei den Ausgehzeiten konnte keine bundesweite Einigung erzielt werden. Grund dafür ist, dass die Politik in Oberösterreich im zu liberalen Umgang mit den Ausgehzeiten eine falsche Jugendschutzpolitik sieht. Eigentlich wollte man die Ausgehzeiten für unter 14- Jährige von 22:00 Uhr auf 23:00 Uhr und bei 14 bis 16-Jährigen von 24:00 Uhr auf 01:00 Uhr ausdehnen. Es wäre mit der neuen Regelung also für ein 14-jähriges Kind gesetzlich erlaubt bis 01:00 Uhr ohne Begleitung unterwegs zu sein. Landesrat Elmar Podgorschek sieht die bisherige Regelung (22:00 bzw. 24:00 Uhr) als vollkommen ausreichend. Man muss bedenken, dass Kinder in diesem Alter teilweise noch schulpflichtig sind und am nächsten Tag ihre Leistung in der Schule oder der Lehre erbringen sollen.

Foto: pixabay

Steinkellner: Wichtigstes Infrastrukturprojekt

Die Ostumfahrung kommt endlich

„Für mich ist die Ostumfahrung seit über zehn Jahren das wichtigste Straßenprojekt für Linz. Durch die Gesamtautobahn bekommt sie nun eine noch größere Bedeutung. Wenn die Gesamtautobahn fertig ist, brauchen wir rasch die Ostumfahrung“, sagte Infrastrukturlandesrat Günther Steinkellner gegenüber den OÖNachrichten. Tschechien will nämlich bis 2024 den Autobahnausbau von Budweis bis zur österreichischen Grenze fertiggestellt haben. Damit entsteht eine durchgehende Autobahn von Berlin über Dresden, Prag, Budweis bis nach Linz.

Um zu vermeiden, dass der Fernverkehr jetzt noch zusätzlich Linz und den Zentralraum belastet, sei die Ostumfahrung nun noch wichtiger geworden, stellt Steinkellner klar.

Im Zuge von zehn Regionskonferenzen wurden potentielle Trassen ausgiebig nach diversen Kriterien analysiert. Dabei einigte man sich auf eine Vorzugsvariante, welche unter anderem nach den Gesichtspunkten Verlagerungseffekt, Verkehrswirksamkeit und Erschließungswirkung die effizienteste Lösung darstellt. Die 13,5 Kilometer lange Umfahrung soll nun von Ebelsberg über Steyregg nach Treffling führen.

Foto: günthersteinkellner.at

RADLFAHREN AUF FORSTWEGEN

Ein Mountainbiker, der auf einer Forststraße im Nationalpark Kalkalpen unterwegs war und dafür 500 Euro Strafe bekommen hat, ist mit einer Beschwerde dagegen beim OÖ Landesverwaltungsgericht abgeblitzt. Der Mountainbiker argumentierte, dass Wandern und Skifahren im Wald auch erlaubt sei und das Verbot des Radfahrens auf Forststraßen gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoße.

Das Landesverwaltungsgericht stützt sich hingegen auf ein Urteil des Verfassungsgerichtshofs (VfGH) aus dem Jahr 1992, der damals keinen Verstoß gegen den Gleichheitssatz sah und das Forstgesetz bestätigte. Der Radler will nun den VfGH anrufen.

Zum Argument des Verurteilten, dass mittlerweile so viele Radfahrer auf Forststraßen unterwegs seien, die ja nicht alle Verbrecher sein könnten, kann man mit Felix Montecuccoli, Vorsitzender der Forstbetriebe, sagen: „Es gibt keinen Quadratmeter Boden in Österreich, der nicht jemandem gehört.“

Foto: pixabay

LEITUNGSWASSER TOP, MINERALWASSER FLOP!

Foto: pixabay

Die AK OÖ hat 31 Mineralwassersorten sowie Leitungswasser aus Linz und Umgebung unter die Lupe genommen. Ergebnis: Es gibt keinen Zusammenhang zwischen Preis und Mineralisierungsgrad. Und: Das Luxusmineralwasser „Voss“ (5,31€/l) besitzt gerade mal halb so viele Mineralien wie Leitungswasser.

„SCHULE AM BAUERNHOF“ IN KEMATEN A.D. KREMS

Foto: pixabay

„Gewinnt einen Eindruck vom Bauernhofleben. Die Felder, der Stall, unsere Kühe und Hühner wollen kennengelernt und erkundet werden“, freut sich der Betrieb „Gut Achleiten“ die wissbegierige Jugend begrüßen zu dürfen. Mehr Infos unter www.gut-achleiten.at. Betriebe in Ihrer Nähe: www.schuleambauernhof.at

STOPP DEM BODENVERBRAUCH

Die Neubildung von einem Zentimeter Boden dauert mindestens 100 Jahre. Die Entscheidung, ein Fleckchen Erde zu versiegeln, ist oft zu schnell und unüberlegt getroffen. Auch wenn der Bodenverbrauch von 2016 auf 2017 nicht gestiegen ist, stagniert er mit 12,4 ha pro Tag auf hohem Niveau. „Der jährliche Bodenverbrauch der EU entspricht mit rund 1.000 km² etwa der Fläche Berlins“, so das Umweltbundesamt. Der enorme Verbrauch hat nicht nur ökologische Konsequenzen, sondern gefährdet auch die Versorgungssicherheit. Das Resultat: die Abhängigkeit von Importen steigt stetig! Besonders erschreckend ist, dass jeder zweite verbrauchte Hektar versiegelt wird. Bodenversiegelung gefährdet die biologische Vielfalt, erhöht das Hochwasserrisiko und trägt zur Luftverschmutzung bei, denn hier werden keine Staubpartikel mehr gebunden. „Den größten Anteil an der bisherigen Versiegelung haben Verkehrsflächen, gefolgt von Bauflächen und Betriebsflächen“, so das Umweltbundesamt.

Foto: pixabay

Trockenheit trifft die Bauern hart

Der Frühling 2018 war der zweitwärmste seit der Messgeschichte. Was die Freibadgeher freut, entwickelt sich für die Land- und Forstwirtschaft zu einer Katastrophe. Die Bundesregierung hat bereits Hilfe zugesagt.

„Der Mai 2018 brachte große Unterschiede bei den Regenmengen, mit einem starken Süd-Nord-Gefälle. In Unterkärnten und in der südlichen Steiermark regnete es bis zu 75 Prozent mehr als in einem durchschnittlichen Mai. In Oberösterreich und im Flachgau fiel dagegen um bis zu 80 Prozent weniger Regen als im Durchschnitt“, so die ZAMG. Zwei Drittel des Bezirks Braunau, Ried, Schärding und Grieskirchen sind von der Trockenheit besonders betroffen. Den landwirtschaftlichen Nutzflächen drohen gewaltige Schäden. Die magere Ernte und die geringere Futterqualität werden für viele Betriebe Futterzukäufe notwendig machen und die finanzielle Lage der Betriebe weiter verschärfen. Auch im Wald brennt der Hut: „Von der Trockenheit besonders betroffen sind die Wälder im Zentralraum, im Mühlviertel, aber auch im Innviertel“, sagt Landesforstdirektorin Elfriede Moser: „Durch die Trockenheit haben die Bäume weniger Saft. Nur bei ausreichender Wasserversorgung sind die Bäume in der Lage, den Borkenkäfer sozusagen im Pech zu ertränken.“ Bei einem Befall müssen die Bäume schnellstmöglich aus dem Wald transportiert werden, der Erlös ist gering und der Bestandesschaden ist enorm. Die Bundesregierung hat bereits ein Unterstützungspaket geschnürt.

Foto: pixabay

In Deutschland werden höhere Nettolöhne gezahlt

Erntehelfer fehlen in Österreich

Ob Spargel, Äpfel, Essiggurkerl oder Erdbeeren, in der Erntezeit werden viele Hände gebraucht, doch diese sind nur mehr schwer zu finden. Saisonarbeiter aus Osteuropa bleiben zunehmend aus.

Klaus Hraby, Geschäftsführer von Efko, berichtet, dass allein in Betrieben, die Efko beliefern, etwa 250 Arbeitskräfte fehlen würden: „Die Ernte heuer ist unter Druck. Nächstes Jahr ist sie in Gefahr.“ Der Grund: Saisonarbeitskräfte aus Osteuropa gehen lieber nach Deutschland, denn dort bekommen sie höhere Nettolöhne, da keine Abgaben für Urlaub, Versicherung oder 13. und 14. Gehalt gezahlt werden müssen. Zusätzlich wird das Kontingent für Saisonarbeitskräfte aus Staaten, die nicht zur EU gehören, von Jahr zu Jahr verringert. Unsere deutschen Nachbarn berichten außerdem von dem gescheiterten Versuch, Langzeitarbeitslose oder Asylberechtigte für die Feldarbeit zu motivieren. „Die meisten waren nicht mehr in der Lage, acht Stunden lang körperlich so hart zu arbeiten“, sagt Burkhard Möller vom Gesamtverband der deutschen Land- und Forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände.

Foto: pixabay

MUTTERKUH-HALTUNG: RICHTIGES VERHALTEN AUF DER ALM VERHINDERT KUH-ANGRIFFE

Verschiedene Zeitungen berichten pünktlich zu Beginn der Wandersaison über Vorsichtsmaßnahmen auf der Alm. Etwa keine Kälber berühren, oder Hunde unbedingt an die Leine zu nehmen. Immer wieder kam es in den vergangenen Jahren zu Kuhangriffen auf Wanderer, die sich falsch verhalten haben. Durch die verstärkte Mutterkuh-Haltung kommt es zu Schutzverhalten der Kühe, besonders gegenüber Hunden. Bei der Beachtung einiger, weniger Verhaltensregeln, steht der Wanderfreude dennoch nichts im Weg.

Foto: pixabay

Seit dem EU-Beitritt ein Drittel weniger Bauern

Das Bauernsterben: Zwei von drei Milchbetrieben mussten aufhören

Oberösterreich ist hinter Niederösterreich und der Steiermark das größte Agrarland, doch die meisten Milchviehhalter sind in Oberösterreich daheim. Seit dem EU-Beitritt ist hier jedoch kein Stein auf dem anderen geblieben.

„Für die österreichischen Milchbauern und die Nahrungsmittelindustrie begann mit dem EU-Beitritt eine neue Ära mit tiefergehenden Veränderungen. Der Erzeugermilchpreis 1995 hat sich gegenüber 1994 um ca. 2 Schilling/kg verringert und betrug ab Hof im Durchschnitt 3,71 Schilling/kg. Generell ist festzuhalten, dass laut WIFO 1995 im Bereich der Milchproduktion Preiseinbußen von ca. 33 Prozent festgestellt wurden“, ist im

GRÜNER BERICHT

Grünen Bericht von 1995 zu lesen. Diese „neue Ära mit tiefgreifenden Veränderungen“ hat vielen Betrieben die Existenz gekostet. Seit dem EU-Beitritt hat sich die Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe österreichweit um 32 Prozent verringert (seit 1960: -60 Prozent). Speziell in Oberösterreich stehen nur mehr 31.477 Bauern im Dienst für das Land und sichern die Versorgung mit hochwertigen, gentechnikfreien Lebensmitteln (Agrarstrukturerhebung 2016). Die Milchwirtschaft ist wie kein anderer Wirtschaftszweig in den vergangen Jahrzehnten regelrecht auf den Kopf gestellt worden: Gab es in Oberösterreich 1995 noch 25.887 Milchkuhhalter sind es heute nur mehr 8.268 Betriebe, ein Minus von 68 Prozent! (Österreich : -65 Prozent) Zwei von drei Milchviehbetrieben haben in den vergangen zwei Jahrzehnten in OÖ die Wirtschaft eingestellt. Dass die Betriebskosten in Österreich mit Betrieben in Gunstlagen in Norddeutschland, Holland, Irland oder Dänemark nie vergleichbar sein werden, sollte allen politischen Vertretern als Argument ausreichen, sich mit aller Kraft für eine Trendwende in der Milchwirtschaft einzusetzen. Zudem öffnet sich die Preis-Kosten-Schere immer weiter. Seit 2005 sind die Kosten für die wichtigsten Betriebsmittel um mehr als 80 Prozent gestiegen. Der Milchpreis jedoch gleicht seit langem einer Berg- und Talfahrt auf tiefem Niveau.

IN DER MILCHWIRTSCHAFT HAT DER EU-BEITRITT GROSSE VERÄNDERUNGEN GEBRACHT.

Foto: pixabay

Ins Horn gestoßen

WELTMILCHTAG: KEINE FEIER

Von 2016 bis 2017 haben weitere 1.131 Höfe die Milchproduktion aufgegeben. Das ist ein Minus von 3,8 Prozent an landwirtschaftlichen Betrieben. Für die aktuell noch vorhandenen knapp 29.000 Betriebe heißt es nun noch mehr Auflagen zu erfüllen und Kontrollen zu ertragen. Und das ohne den Mehraufwand abgegolten zu bekommen. Die Landwirtschaftskammer hat das Feld dem Handel und den Verarbeitern überlassen. Die Eigenmarken der übermächtigen Handelsketten setzen den Bauernmilchpreis ordentlich unter Druck. Der Preisverfall ist damit vorprogrammiert und so ist es absehbar, dass

ALOIS AFFENZELLER

wir auf eine neue Milchkrise zusteuern. Viele Milchbauern treten die Flucht nach vorne an. Um das Überleben ihrer Betriebe und Familien zu sichern, wird noch mehr Milch produziert. Eine Teufelsspirale, welche von der Politik und der Landwirtschaftskammer endlich aktiv gestoppt werden muss. Anstatt Milchköniginnen zu krönen, ist es an der Zeit, dass die Landwirtschaftskammer ihrer Aufgabe als Interessensvertretung nachkommt und Lösungen erarbeitet. Es braucht ein allgemein verbindliches Mengenreduktionsmodell. Auch die Konsumenten können aktiv dazu beitragen, indem sie auf den Kauf von Eigenmarken der Handelsketten verzichten und bewusst Milch und Milchprodukte regionaler Molkereien kaufen. Dies wird die einzige Chance sein, den österreichischen Bauern das wirtschaftliche Überleben zu sichern.

Aus dem Landhaus

MYTHEN UND FAKTEN

In Oberösterreich gibt es rund um die Rückkehr des Wolfes viele Mythen und Gerüchte. Dabei scheint es manchmal auch so, als ob sogar jagdliche Funktionäre und Menschen, die es eigentlich besser wissen müssten, Fakten rund um den Wolf vermischen oder nicht kennen.
Fakt ist: Der Wolf ist eine streng geschützte Tierart nach der Fauna-Flora-Habitatrichtlinie der EU (FFH-Richtlinie). Es erfolgten aber keine Wiederansiedlungsprojekte und keine Nachzucht. Das oftmals vernommene Argument, als Naturschutzreferent sei ich für den Wolf in Oberösterreich zuständig, ist unrichtig. So

MANFRED HAIMBUCHNER

eine Zuständigkeit gäbe es nur, wenn der Wolf in einem Natura-2000-Gebiet im Standarddatenbogen mit dem Erhaltungsgrad A, B oder C eingestuft wird. Eine Reproduktion in einem Natura-2000-Gebiet wurde aber noch nicht nachgewiesen. Für alle Wolfsvorkommen außerhalb von Natura-2000-Gebieten gilt: Hier ist die Jagdbehörde und damit Landesrat Hiegelsberger zuständig, auch weil der Wolf in OÖ im Landesjagdgesetz aufgeführt ist.
Die Agrarlandesräte versuchen derzeit überall in Österreich, die Verantwortung für das heikle Thema eines Wolfsmanagements auf den Naturschutz „abzuschieben“. Sicher keine hilfreiche Strategie, um ein vernünftiges Wolfsmanagement zu erreichen. Die Entscheidung über eine allfällige Änderung der FFH-Richtlinie muss jedenfalls auf europäischer Ebene erarbeitet werden.

LÄSTIGE UND GEFÄHRLICHE SPINNENTIERE : ZECKENVORSORGE GANZJÄHRIG NOTWENDIG

Nicht nur in der Hochsaison der Zecken im Sommer ist besondere Vorsorge notwendig, sondern auch in den kälteren Monaten. Wenn die Temperatur im Winter etwa an mehreren Tagen sieben Grad Celsius oder mehr beträgt, ist bereits mit Zecken zu rechnen.
Der Ektoparasit überträgt Erkrankungen, wie Borreliose und Frühsommer-Meningoenzephalitis (FSME). In Österreich können die meisten Zecken FSME übertragen. Nach jedem Ausflug sollte der Körper gründlich nach Zecken abgesucht werden.

Foto: pixabay

Zukunft des Waldes: Interessante Diskussionen und „Wenn der Wind des Wandels bläst“ lud zur Regionaltagung ins schöne

Wie kann unser Wald zukunftsfit gemacht werden? Unter dieser Fragestellung traf sich der Verein Pro Silva am 21. und 22. März in Schärding, um sich bei Waldbegehungen und regen Diskussionen der Frage eines Zukunftskonzeptes im Waldbau anzunähern.

Das erste Exkursionsziel war der Staatspreisbetrieb von Martin Kislinger in St. Roman, der es trotz vieler Konflikte schaffte, auf eine naturnahe Bewirtschaftung umzustellen. Zusammen mit fünf anderen bäuerlichen Waldbesitzern mussten dabei zahlreiche Widerstände überwunden werden, bis es gelang, den Wald entsprechend umzubauen.
Das in Oberösterreich übliche System der Verbißbeurteilung durch Weiser- und Vergleichsflächen stellte Landesforstdirektorin Elfriede Moser den Teilnehmern an einem weiteren Exkursionspunkt vor: „Es geht vor allem darum, bei gemeinsamen Begehungen eine Vertrauensbasis und eine Objektivierung der Beurteilung der Verbißsituation zu erreichen.“
Ein besonderer Leckerbissen für die etwa 50 Teilnehmer stand mit dem Besuch des Arboretums in St. Roman auf dem Programm. Dr. Felix Bentz, eine der bekanntesten Persönlichkeiten in der Waldberatung, präsentierte seinen etwa 1.200 Baumarten umfassenden Schaugarten. Neben seinen profunden Anmerkungen zum Waldbau mahnte er aber auch, dass der Mensch nie vergessen dürfe, dass er Geschöpf innerhalb der Schöpfung sei: „Die Frage ist doch: Darf der Mensch alles, was er kann?“

OFFENE GESPRÄCHE

Auch der Abend stand ganz im Zeichen des freien Gedankenaustausches. Zum „Silvasophikum“ lud der Verein diesmal den Präsidenten der LK OÖ Ing. Franz Reisecker, der mit den Teilnehmern auch

KLIMAFITTE WÄLDER – ZUKUNFT DES WALDBAUS

Die LK OÖ hat ein Projekt unter dem Titel „Klimafitte Wälder und nachhaltige Jagdwirtschaft“ gestartet. Gemeinsam mit der Landesforstdirektion und dem Landesjagdverband soll erarbeitet werden, wie eine Bewirtschaftung vor allem in Schadensgebieten gelingen kann. Nähere Infos unter: https://ooe.lko.at

Foto: pixabay

SCHALLDÄMPFER FÜR „FREIZEITJÄGER“

Das Landesverwaltungsgericht NÖ hat jüngst entschieden, dass „Freizeitjäger“ zum eigenen Gehörschutz Schalldämpfer verwenden dürfen. Vorher galt die Genehmigung von Schalldämpfern nur für „Berufsjäger“. In OÖ ist die Verwendung von Schalldämpfern seit einem Jahr im Gesetz erlaubt.

Foto: pixabay

Foto: Pro Silva

Waldbegehungen - Pro Silva Schärding

über unbequeme Wahrheiten und blinde Flecken der Landwirtschaftspolitik sprechen musste.

Am zweiten Tag besuchten die Teilnehmer den Forstbetrieb Neureichenau der Bayerischen Staatsforste im Landkreis Passau. Die Betriebsleiterin Gudula Lermer hatte durch den Sturm „Kolle“ etwa 200.000 fm Schadholz zu verarbeiten. Man könne sehr froh sein, dass man im Neuburger Wald bereits seit den 1980er Jahren auf natürliche Verjüngung größten Wert gelegt habe, denn die Vorausverjüngung – mit Masse Tannen – bestehe bereits auf 60 Prozent der Fläche.

Aufregerthema Ökojagd: Zeigt der Wald, ob die Jagd passt?

Betrachtet man die Stimmen in der öffentlichen Meinung, gibt es zu den Ökojägern nur zwei Meinungen. Entweder man lehnt die Methoden der Ökojäger ab, oder man stimmt ihnen zu. Doch was ist eigentlich „Ökojagd“?

Die einen halten die Ökojagd für den einzig gangbaren Weg, um unserem Wald die natürliche Verjüngung ohne Zäune zu ermöglichen, die anderen lehnen die Ökojäger als „schießwütige Gesellen“ ab, die am liebsten überhaupt kein Wild in den Wäldern hätten. Doch was will die Ökojagd eigentlich?

Auf der Internetseite des Ökologischen Jagdverbandes Österreich liest sich das so: „Unser Ziel ist es die Jagd in das 21. Jahrhundert zu bringen und die Wende der Jagdausübung vom Edelhobby zum ökologischen Handwerk zu vollziehen. In der Jagdwirtschaft soll es - ähnlich der Waldwirtschaft - eine klare Ausrichtung an ökologischen Kriterien geben. Ein Bundesgesetz als Rahmen für die Jagd mit einheitlichen Regelungen wird angestrebt.“

DIE GEGENSÄTZE

Die wichtigsten Eckpunkte – und damit auch Gegensätze – zur „traditionellen Jagd“ erstrecken sich von der Fütterung bis zur Abschussplangestaltung. Als vornehmliche Jagdstrategie verfolgt die Ökojagd vor allem die Intervalljagd, Bewegungsjagden und Gruppenansitze mit ausreichenden Ruhezeiten für das Wild. Gleichzeitig wird die Wildfütterung nur als Ausnahme nur in tatsächlichen Notzeiten gebilligt. Wildschäden sollen durch konsequentes Absenken des Wildbestandes und Forcierung der naturnahen Lebensraumbewirtschaftung verringert werden. Gleichzeitig solle das Wildbret als hochwertiges Lebensmittel und das Naturerlebnis Jagd mehr im Mittelpunkt stehen. Diese Ansicht wird auch bei der Frage des Abschussplanes deutlich. So fordern die Ökojäger die Abschaffung des Abschussplans bei Rehwild und stattdessen einen eigenverantwortlichen Abschuss nach dem Motto: „Der Wald zeigt ob die Jagd stimmt.“ Also die Beurteilung nach dem Verbißzustand der Naturverjüngung.

Bei all diesen Zielen und Forderungen werden die Ökojäger aber nicht nur von Teilen der „traditionellen Jägerschaft“ teilweise heftig bekämpft. Auch Jagdgegner stehen den Ökojägern kritisch gegenüber.

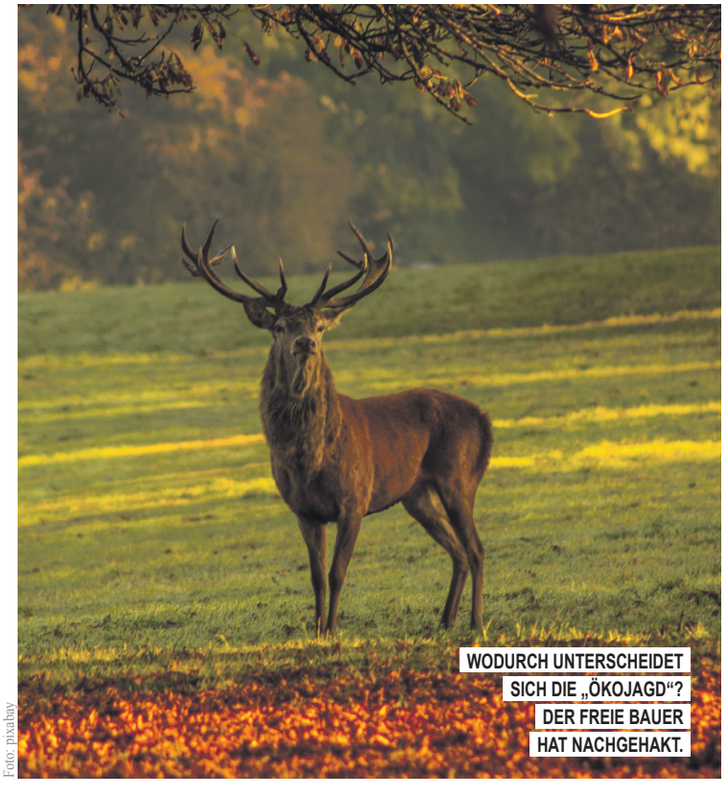

Foto: pixabay

Foto: pixabay

LK-Wildschadensberater „Verbißsituation

„Der Freie Bauer“ wollte wissen, wie Wolf-Dietrich Schlemper, einer der neuen Wildschadensberater der LK OÖ, die aktuelle Situation des Waldes einschätzt. Der 31-Jährige zieht dabei eine gemischte Bilanz.

Sie sind jetzt seit etwas über einem Jahr Wildschadenberater der Landwirtschaftskammer OÖ. Ein neuer Posten, der im Zuge der Novellierung des Jagdgesetzes geschaffen wurde. Wie ist die Bilanz des ersten Jahres?

Prinzipiell wäre die Schaffung eines solchen Postens nicht nötig gewesen, wenn Fehler in der Vergangenheit vermieden worden wären. Wenn man nur auf die Novellierung des OÖ-Jagdgesetzes eingeht, ist die Schaffung des Postens eines Wildschadensberaters mit Sicherheit sinnvoll, weil natürlich die Gefahr besteht, dass der Grundeigentümer sich überschätzt und dadurch das Risiko eingeht, sich an eventuellen Prozesskosten beteiligen zu müssen. Diese Gefahren konnten durch den Einsatz von Wildschadensberatern auf der Fläche gemindert werden.

Wenn man die bisherige Bilanz beleuchtet, hat die Wildschadensberatung bis zum heurigen Jahr rund 90 Außendienste absolviert. Bei 90 Prozent dieser Einsätze behaupte ich, dass eine Besserung in der Dialogbereitschaft und der Kommunikation zwischen Jägern und Grundbesitzern eingetreten ist. Das heißt zwar nicht gleich, dass eine Verbesserung der forstlichen oder waldbaulichen Situation eingetreten ist, aber die steigende Dialogbereitschaft ist eine wichtige Grundlage für weitere erfolgreiche Schritte auf der jeweiligen Fläche. Es geht also zunächst darum, das Verständnis auf beiden Seiten füreinander zu steigern: Was sind Interessen des Grundeigentümers und was sind die Interessen der Jäger?

Wie bewerten Sie den Zustand der oberösterreichischen Wälder?

Das hängt sehr von der einzelnen Fläche ab. Man kann hier nicht verallgemeinern. Der Zustand des Waldes hängt auch von der Besitzverteilung und den waldbaulichen Zielen des Grundeigentümers ab. Grundsätzlich ist der Zustand der OÖ Wälder als gut zu bewerten. Es gibt aber auch bei uns Flächen, die in einem sehr schlechten Zustand sind. Auf manchen Flächen sind enorme Durchforstungsrückstände zu beobachten, bei denen man waldbaulich fast keinen Handlungsspielraum mehr hat.

Aber allgemein, gerade was die Verbißsituation angeht, halte ich Oberösterreich für vorbildlich. Das hängt vor allem mit der Abschußplanverordnung und mit dem Vergleichs- und Weiserflächensystem zusammen. Auch wenn dieses System nicht der Weisheit letzter Schluß sein kann, sondern nur ein Anhalt, der zur Versachlichung des Verbiß-Themas beiträgt. Eventuell ist ein System denkbar, das weitere Faktoren, etwa unter anderem die Lebensraumsituation des Wildes, mit einfließen lässt.

Die Landwirtschaftskammer OÖ hat ein neues Projekt „Klimafitte Wälder

Schlemper im Fachgespräch mit „Der freie Bauer“

in Oberösterreich ist vorbildlich“

Foto: privat

Wolf-Dietrich Schlemper wurde 1987 geboren, studierte Forstwirtschaft und Wildtierökologie. Bis zu seinem Eintritt in die LK arbeitete er im Bereich des Naturraummanagements und für private Forstbetriebe.
Er jagt aktiv seit seinem 17. Lebensjahr in OÖ und in Hessen. Seit 2014 hat er den großväterlichen Betrieb in St. Lorenz übernommen, den er gemeinsam mit seiner Frau im Nebenerwerb führt.

und nachhaltige Waldwirtschaft – Zielkonflikte vermeiden“ vorgestellt. Was hat es damit auf sich?

Als Grundlage für dieses Projekt dient die Mariazeller Erklärung, die Ergebnisse der Studie „Abschlußplanung in waldarmen Gebieten“ und der waldbauliche Handlungsdruck, der aus der Borkenkäfer- und den Windwurfkalamitäten vor allem im Zentralraum und im Mühlviertel entstanden ist. Die derzeitige Situation ist also für das Verhältnis Forst und Jagd eine Herausforderung. Daher haben sich im vergangenen Jahr die Landwirtschaftskammer und der Landesjagdverband darauf geeinigt, dass man hier gemeinsam etwas initiieren muss. Dazu gehören das Positionspapier, Informationsfolder und -veranstaltungen und als weiterer Schritt dann ein Projekt auf der Fläche. Dabei sollen Flächen durch Spezialisten beurteilt werden und gemeinsam mit den Jägern und Grundbesitzern Maßnahmen umgesetzt werden, um das waldbauliche Ziel durch ein gutes Konzept zu erreichen. Die handelnden Personen aus Forst- und Jagdwirtschaft werden dabei über den Zeitraum des Projektes durch externe Spezialisten unterstützt. Für die 20 Plätze dieses LE-Förderprojektes können sich alle Jagden bewerben.

Vereinfacht ausgedrückt sind die Ziele und Herausforderungen für die kommenden Jahre klar: Wir müssen hin zu einer potentiell natürlichen Waldgesellschaft, die an den Klimawandel angepasst ist. Also die Baumarten, die zum jeweiligen Standort passen, weil wir so das geringste Risiko haben. Wir haben also einen Waldumbau vor uns in vielen Regionen, der aber nur in enger Zusammenarbeit mit dem Grundeigentümer und der Jagdwirtschaft vorgenommen werden kann. Man sollte also dem Waldeigentümer und auch den Jägern die Vorteile einer potentiell natürlichen Waldgesellschaft näherbringen, damit beide einen erfolgreichen Waldumbau meistern können.

Das Thema „Wolf“ ist derzeit in aller Munde. Wie bewerten Sie die Rückkehr des Wolfes in unsere Kulturlandschaft?

Prinzipiell sollten wir über jedes Wildtier froh sein, das wieder bei uns heimisch wird. Da wir aber in einer Kulturlandschaft leben, können wir uns den Wolf nicht überall leisten. Das heißt, da wo ich landwirtschaftliche Ziele verfolge, ist der Wolf nicht möglich. Er muss also dort wo land- und forstwirtschaftliche Ziele vorliegen auch bewirtschaftet werden. Wie die Bewirtschaftung des Wolfes dann im Detail aussehen kann, ist von vielen Faktoren abhängig: Tourismus, Jagdwirtschaft, Landwirtschaft und andere. Aber es gibt sicher auch in Österreich die Möglichkeit, dass für den Wolf Lebensraum zur Verfügung steht. Für mich persönlich ist dabei ganz klar, dass der Wolf auch bejagt werden muss, damit ich ein gedeihliches Miteinander der verschiedenen Interessen sicherstellen kann.

EU-Kommission reagiert nicht: Falscher Honig

Wehrt Euch dagegen und kauft

Seine Steuern mit Honig bezahlen? Das ging im Mittelalter, denn das flüssige Gold war damals ähnlich begehrt wie Salz. Auch wenn sich der ökonomische Wert verändert hat, ist und bleibt Honig ein einzigartiges und gesundheitlich wertvolles Naturprodukt. Allerdings nur, wenn er echt ist! Ein großer Teil des im Handel angebotenen Honigs kommt heutzutage aus dem EU-Ausland, häufig aus China und hat mit „Honig“ nichts zu tun. Die lasche Herkunftskennzeichnung der EU schützt zudem die Honigfälscher.

Im alten Griechenland berichtet Hippokrates, der Vater der Medizin, um 450 vor Christus von der gesundheits- und leistungsfördernden Wirkung von Honig. Karl der Große soll Anfang des 9. Jahrhunderts nach Christus den Befehl erteilt haben, dass jeder Gutshof über einen Imker und einen Metbauern verfügen müsse und Sir Edmund Hillary soll bei seiner Erstbesteigung des Mount Everest zwei Kilogramm Honig im Rucksack gehabt haben. Honig hat auch heute noch einen guten Namen und man sagt ihm eine antibakterielle, antivirale und sogar krebshemmende Wirkung nach. Der Konsument hat zu Recht hohe Erwartungen an die Qualität.

> **Wo Bienen sind, dort ist Gesundheit**
>
> Altrömisches Sprichwort

In Österreich liegt der Selbstversorgungsgrad bei Honig bei 52 Prozent, in Deutschland bei nur 30 Prozent und die EU gilt als der größte Honigimporteur weltweit.

Foto: pixabay

Um die große Nachfrage zu stillen, wird vor allem Honig aus China, der Ukraine und Argentinien importiert. Die Qualität: Mangelhaft! Gewinnmaximierende, skrupellose, ausländische Honigfabriken spielen mit den Erwartungen der Konsumenten und die EU Kommission scheint mitzuspielen, auf Kosten der Konsumenten.
Honig ist in der EU auf Platz 6 der gefälschten Lebensmittel. Von zehn Honigproben sind laut EU-Analysen 1,4 verfälscht. Gefälschter Honig wird zum Beispiel mit billigem Sirup aus Mais, Reis oder Rüben gestreckt um das Volumen zu erhöhen.

GESTRECKTER HONIG

Oder er wird unreif geerntet und anschließend in großen Honigfabriken künstlich getrocknet, um Zeit und Kosten zu sparen. Die Leiterin des Labors des Imkereizentrums für Bienenzucht in Linz-Urfahr, Susanne Wimmer, berichtete im Gespräch mit den OÖNachrichten von einer „Honig“-Probe aus Bosnien, bei der es sich um gekochten Zucker handelte: „Bienen sind daran nicht einmal vorbeigeflogen.“ Die positiven Eigenschaften, die dem Honig zugeschrieben werden, sucht man in solchen Produkten vergeblich. Man

Foto: pixabay

sollte meinen, dass die regulierungswütige EU ein besonderes Interesse daran haben sollte, den echten Honig zu schützen. In der EU-Ho-

KLARE DEFINITION

nig-Richtlinie ist jedenfalls klar definiert was Honig ist: Honig ist der natursüße Stoff, der von der Biene erzeugt, eingelagert, dehydriert und in den Waben des Bienenstockes gespeichert wird und dort schließlich reift. Doch wo ist dann der Hund begraben? Die Vorgabe zur Herkunftskennzeichnung ist die besagte Hintertür, die die

aus China überschwemmt heimische Märkte

heimische Qualitätsprodukte!

WER KEINEN „SCHUMMEL-HONIG“ MÖCHTE, SOLLTE AUF HEIMISCHE QUALITÄT SETZEN

Kommission nicht schließen will! „Der meiste Honig, den Sie finden, ist als Mischung aus EU-und Nicht-EU-Honig gekennzeichnet, es gibt keine Normen. Die Informationen auf dem Etikett sagen den Verbrauchern nichts, außer dass dieser Honig nicht vom Mars stammt“, sagt Walter

TRANSPARENZ?

Haefeker, Präsident des Europäischen Berufsimkerverbandes (EPBA). Nur wenn der Honig zu 100 Prozent aus einem Land stammt, hat der Konsument die Chance, das Ursprungsland zu erfahren. Wenn der Honig jedoch seinen Ursprung in mehr als einem Mitgliedstaat oder

HONIGMISCHUNGEN

Drittland hat, so kann gemäß der EU-Honig-Richtlinie die Angabe der Ursprungsländer durch eine der folgenden Angaben ersetzt werden: „Mischung von Honig aus EU-Ländern“, „Mischung von Honig aus Nicht-EU-Ländern“, „Mischung von Honig aus EU-Ländern und Nicht-EU-Ländern“.
Die Europäische Kommission hatte bislang noch kein offenes Ohr, eine Änderung der Richtlinie dahingehend zu ermöglichen, dass die Herkunftsländer und das Mischungsverhältnis auf dem Etikett zu kennzeichnen sind. „Wenn die Kommission endlich die Herkunft des Honigs zulassen würde, würde sie den Verbrauchern bessere Wahlmöglichkeiten bieten

FATALER FREIHANDEL

und die Industrie unter Druck setzen, ihre Maßnahmen zu bereinigen. Aber für sie ist der Freihandel fast schon eine Religion“, beklagte Haefeker 2017 in einem Artikel mit dem Titel „Honeygate – Wie Europa mit gefälschtem Honig überschwemmt wird“. Außerdem wird darin aufgezeigt, dass die Überflutung Europas mit chinesischem Honig nicht neu sei: „Zwischen 2002 und 2004 wurde chinesischer Honig in der Europäischen Union wegen fehlender Ursprungskennzeichnung und der Gefahr, dass er Blei enthielt, verboten. Das Verbot wurde jedoch aufgrund der gestiegenen Nachfrage aufgehoben, die Europa anderswo nicht befriedigen konnte, und die europäischen Honigimporteure haben die Gelegenheit genutzt.“

Bauernstammtisch mit Diskussion in historischem

Erhalten wir unsere wertvolle

Die Regierungskoalition zwischen ÖVP und FPÖ hat eine „Task Force Landwirtschaft“ eingesetzt, in der regelmäßig Maßnahmen und Ziele besprochen werden. Der Obmann der Freiheitlichen Bauern in Oberösterreich, LAbg. Ing. Franz Graf, ist Mitglied dieser Task Force und berichtete den Zuhörern. Als Vortragende konnte Graf auch LHStv. Dr. Manfred Haimbuchner und Mag. Robert Ablinger begrüßen.

Foto: „Der Freie Bauer“

„Ich bin sehr zuversichtlich, dass es der neuen Bundesregierung gelingen wird, wichtige Maßnahmen für unsere Landwirte umzusetzen. Die Task Force sorgt dafür, dass Dinge gleich auf den Tisch kommen, ohne lange Umwege“, leitete Franz Graf sein Referat ein. „Vor allem was die Hilfe für Schadereignisse angeht, soll schnell und unbürokratisch gehandelt werden. Das Maßnahmenpaket zur Unterstützung unserer Land- und Forstwirte ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.“ Gleichzeitig zeigte sich Graf überzeugt, dass auch die Konsumenten inzwischen die Wichtigkeit der heimischen Landwirtschaft erkennen werden: „Ein freier und leistungsfähiger Bauernstand ist Voraussetzung für den Erhalt der natürlichen Existenzgrundlagen unserer Heimat. Eine flächengebundene, strukturerhaltende land- und forstwirtschaftliche Produktion nimmt auf das kleinräumige natürliche Gleichgewicht Rücksicht, schont die natürlichen Ressourcen und schafft die für Österreich typische bäuerliche

NIMMT DIE ANLIEGEN UND SORGEN DER BAUERN ERNST: LH-STELLVERTRETER MANFRED HAIMBUCHNER

Foto: „Der Freie Bauer“

KLARE KENNZEICHNUNG

Kultur- und Erholungslandschaft.“ Auch die verpflichtende Herkunftskennzeichnung für Lebensmittel nach dem französischen Modell („Geburtsland-Aufzuchtsland-Schlachtland“) solle durch die Bundesregierung nun rasch umgesetzt werden. Gleichzeitig sollen bessere Bedingungen für die Direktvermarktung geschaffen werden, indem man etwa Erleichterungen bei der Registrierkasse und praxistaugliche Hygienevorschriften schaffe, berichtete Graf aus der Task Force.

Für Landeshauptmann-Stellvertreter und FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner ist die Haltung, die die Menschen zu Natur und Landwirtschaft einnehmen, immens wichtig. Hier gelte es anzusetzen: „Es kommt darauf an, dass der Heimatbegriff eng mit der Landwirtschaft verbunden ist. Wir werden daher auch eine Initiative starten, damit der Begriff der Heimat in die oberösterreichische Landesverfassung aufgenommen wird.“ Der langfristige Erhalt der landestypischen Brauchtümer und Traditionen sei vor allem in Zeiten mit hoher Zuwanderung von Bedeutung, setzte Haimbuchner fort. „Nicht wir werden un-

HEIMATBEGRIFF IN DIE OÖ-LANDESVERFASSUNG

Foto: pixabay

„Das Land Oberösterreich bekennt sich zur Heimatpflege durch das Bewahren der landestypischen Brauchtümer und Traditionen:“ Dieser Satz soll in die Verfassung nach Wunsch der FPÖ eingefügt werden. Damit soll ein Schritt gesetzt werden, um auch für die Landwirtschaft wieder mehr Wertschätzung einzufordern.

SCHADEREIGNISSE: BAUERN UNTERSTÜTZEN

Foto: pixabay

Die Bundesregierung hat aufgrund der Trockenheit und der Schadereignisse im Forst, ein Maßnahmenpaket geschnürt, um die Land- und Forstwirte schnell und unbürokratisch zu unterstützen. Betriebsschließungen sollen unbedingt vermieden werden, wie die Agrarsprecher betonten.

Ambiente Heimat

FÜR STIMMUNG SORGTE AUCH DIE FÜNFFACHE STAATSMEISTERIN AUF DER STEIRISCHEN, KATI ACHLEITNER

EIN JUWEL DES INNVIERTELS: DAS AUGUSTINER CHORHERREN-STIFT IN REICHERSBERG

Foto: „Der Freie Bauer"

SPRACH DIE PROBLEME DER BAUERN KLIPP UND KLAR AN: DER OBMANN DER FREIHEITLICHEN BAUERN OÖ, FRANZ GRAF

Foto: „Der Freie Bauer"

sere Traditionen ändern, sondern unsere Traditionen und unser Brauchtum stellen einen Wert an sich dar, an dem nicht gerüttelt wird", stellte der freiheitliche Landesparteiobmann klar.

WERTE ERHALTEN

Im gut besuchten Prälatenkeller des Stiftes Reichersberg im Innviertel betonten Graf und Haimbuchner, dass der Bauernstand nicht nur für die Ernährungssicherheit, sondern auch für den Erhalt des landestypischen Brauchtums und der Traditionen wichtig sei. Einen besonders wichtigen fachlichen Einblick lieferte Mag. Robert Ablinger von der Landwirtschaftskammer OÖ, der die anwesenden Landwirte in seinem Vortrag auf die Wichtigkeit des Steuerrechts hinwies. „Ich habe einmal zu den Schülern in St. Florian gesagt, die Matura ist die letzte Gelegenheit, sich zu verrechnen, ohne dass es sehr teuer wird!" Ablinger appellierte daher an seine Zuhörer, sich eingehend mit dem Steuerrecht für Land- und Forstwirte zu beschäftigen und die Hilfe eines Steuerberaters in Anspruch zu nehmen: „Fehler in steuerlichen Dingen können sehr teuer werden und sind extrem ärgerlich. Mit etwas Erfahrung kann man diese Fehler vermeiden und sich auf seine Betriebsführung konzentrieren."

ENDLICH: DIE HERKUNFTS-KENNZEICHNUNG KOMMT

Foto: pixabay

Nachdem die Freiheitlichen Bauern seit Jahren eine durchgängige Herkunftskennzeichnung bei Lebensmitteln gefordert haben, soll die Kennzeichnung nach französischem Vorbild noch in dieser Gesetzgebungsperiode umgesetzt werden. Konsumenten legen laut Umfragen großen Wert auf heimische Lebensmittel.

MERCOSUR NICHT WEITERVERHANDELN

Foto: pixabay

Das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten bedeutet in der jetzigen Form einen hohen Preisdruck für die heimische Fleischproduktion. Billig produziertes Fleisch darf unseren Markt nicht überschwemmen und die Preise drücken. Die Politik der EU darf diese Gefahren nicht ignorieren.

Ähren sache

ORTSBAUERN-SCHAFTEN

Der Kontrollausschuss hat die Rechtmäßigkeit, die ziffernmäßige Richtigkeit, die Sparsamkeit, die Wirtschaftlichkeit und die Zweckmäßigkeit der Gebarung der LK zu überprüfen. Es werden uns immer wieder Fälle gemeldet, in denen es keine Sitzungen, bzw. keine schriftlichen oder mündlichen Einladungen in den Ortsbauernschaften gibt. Nach derzeitiger Regelung wird bei keiner oder einer Sitzung das halbe Kanzleigeld ausbezahlt, bei zwei Sitzungen das volle Kanzleigeld. Die Protokolle sind binnen sechs Wochen an die zuständige BBK und an die Ortsbauernausschussmitglieder zu

ALOIS GANGLMAYR

übermitteln. Um mehr Gerechtigkeit und verbessertes Controlling herbeizuführen, haben wir seitens der Freiheitlichen Bauernschaft einen Antrag in der LK-Vollversammlung eingebracht, der beinhaltet, nur mehr schriftlich oder elektronisch einzuladen und nach nicht eingehaltener sechswöchiger Frist bei der Protokollübermittlung kein Kanzleigeld auszubezahlen. Weiters wurde gefordert, kein Kanzleigeld auszubezahlen, wenn keine Sitzung abgehalten wurde, das halbe Kanzleigeld bei einer abgehaltenen Sitzung und das volle Kanzleigeld bei zwei abgehaltenen Sitzungen. Nach anfänglicher Sympathie für diese Forderung seitens des Bauernbundes, wurde der Antrag in der Vollversammlung mit der Begründung „das sei administrativ nicht machbar“ abgelehnt. Schlechte Ausrede oder Handlungsverweigerung?

LANDESGARTENSCHAU IN AIGEN-SCHLÄGL UNTER DEM MOTTO „BIO.GARTEN.EDEN“

Bio Garten Eden

Bei der Landesgartenschau in Aigen-Schlägl werden auf 15 Hektar Ausstellungsfläche der achtsame Umgang mit Lebensmitteln und Ressourcen im Mittelpunkt stehen. Das Budget beträgt 8,8 Millionen Euro und es werden Freizeit- und Erholungsräume von bleibendem Wert entstehen. Die Bioschule Schlägl wird zeigen, wie nachhaltige Landwirtschaft gelingt und wie biologische Lebensmittel hergestellt werden. Das Stift feiert sein 800-jähriges Gründungsjubiläum und wird eine Sonderausstellung gestalten.

Foto: biogarteneden.at/presse/

LK OÖ will freiheitlichen Antrag endlich umsetzen

Herkunftskennzeichnung kommt

Die Landwirtschaftskammer Oberösterreich setzt sich inzwischen intensiv für die Umsetzung eines Antrages der Freiheitlichen Bauernschaft zur durchgehenden Herkunftskennzeichnung ein.

Vorbild für die Kennzeichnung soll die Regelung in Frankreich sein. Dort gilt auch bei Milch sowie Verarbeitungsprodukten aus Fleisch, Milch und Eiern eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung. Mittlerweile haben Italien, Spanien, Portugal, Finnland, Litauen und Estland ähnliche Regelungen bei der Europäischen Kommission beantragt.

Foto: pixabay

Auch in Österreich steht die Einführung einer solchen transparenten und durchgehenden Herkunftskennzeichnung nach französischen Modell im Regierungsprogramm und soll umgesetzt werden. Doch nicht nur im Einzelhandel sollen durchgehende Herkunftskennzeichnungen die Regel werden – auch in der Gastronomie und in Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung soll Kennzeichnung Pflicht werden. In der Schweiz etwa ist die Fleisch-Herkunft seit 1996 verpflichtend auf Speisekarten anzuführen – mit durchweg positiver Resonanz der Verbraucher. Studien zeigen: Auch in Österreich kaufen die Menschen heimische Produkte, wenn sie denn entsprechend gekennzeichnet sind, lieber als importierte Waren. Die Konsumenten haben zudem ein großes Interesse an der Transparenz bei Lebensmitteln, wie diverse Umfragen unter Verbrauchern zeigen.

Mit Monitoring gegen Faulbrut

Der Seuchenstatus einer Bienenpopulation kann durch ein Faulbrut-Monitoring verbessert werden. Das Monitoring soll auf wissenschaftlich korrekten Grundlagen basieren.

Die Amerikanische Faulbrut ist seit Jahrhunderten eine immer wieder aufflackernde hochinfektiöse Bienenseuche. Die seit Jahren unveränderte Befallsituation in Oberösterreich ist der Anlass für Gedanken und Überlegungen, wie sich die Seuchenlage verbessern lassen könnte. Dass bei der Amerikanischen Faulbrut der durchschnittliche Seuchenstatus der oberösterreichischen Bienenpopulation verbessert werden kann, ist realistisch. Um den beabsichtigten Effekt zu erreichen, muss das Auswahlverfahren für die Stichproben nach risikobasierten Kriterien erfolgen.

Foto: pixabay

Über einen Zeitraum von 18 Jahren hat sich die Zahl der jährlichen Neuausbrüche nicht reduziert, sondern in der Tendenz eher zugenommen. Daher ist die gesamte Seuchenvorsorge zu überdenken.

Impressum: Medieninhaber (100%) und Herausgeber: Der Freie Bauer - Freiheitliche Bauernschaft OÖ, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz, ZVR: 869893862, Chefredakteur: Ing Franz Graf, Kontakt und Leserbriefe: redaktion@derfreiebauer.info, www.derfreiebauer.info, Kontakt Inserate: anzeigen@derfreiebauer.info

EROSIONSSCHUTZ IN LINZ-LAND IM FOKUS: VIELFÄLTIGE MASSNAHMEN ZUM BODENSCHUTZ

Trotz der bisher wenigen Niederschläge im heurigen Jahr, steigt die Erosionsgefahr aufgrund der Trockenheit bereits nach einem starken Regen. Nicht selten kommt es durch Bodenabtrag und –abschwemmung, zu Schäden auf landwirtschaftlichen Flächen und bei Gebäuden. Darum startet das bereits bewährte Projekt „Erosionsschutz in der Praxis“ dieses Jahr wieder in die nächste Runde. Verteilt über den ganzen Bezirk Linz-Land werden von Praktikern sehr vielfältige Boden- und Erosionsschutzmaßnahmen gesetzt.

Foto: pixabay

Foto: pixabay

„Wasseranschlußzwang“ ist ihnen ein Dorn im Auge

Initiative „Zukunft Hausbrunnen“ kämpft weiter gegen den Zwang

Seit einigen Jahren schreiben die oberösterreichischen Bürgermeister den „Wasseranschlusszwang“ rigoros vor und das Thema wurde brisant. Die Initiative „Zukunft Hausbrunnen“ kämpft dagegen an.

Auch wenn der „Wasseranschlusszwang“ seit 1956 gesetzlich verankert ist, wurde dieser bislang bei Anwesen, welche mit einer eigenen Wasserversorgung ausgestattet waren, nicht vorgeschrieben. Seit einigen Jahren nehmen es die OÖ Bürgermeister plötzlich besonders ernst. Jedes Objekt (Summe aller Betriebs-, Wohn-, und Nebengebäude), das weniger als 50 Meter von der Ortswasserleitung entfernt ist, muss angeschlossen werden, auch wenn der Betrieb seit jeher eine eigene Versorgungsanlage besitzt und diese mit hohem finanziellen Aufwand pflegt. Eben diese Betriebe sollten auch im Fall der Nichterfüllung der bisherigen Ausnahmekriterien eine Ausnahmegenehmigung erhalten, fordert die Initiative „Zukunft Hausbrunnen“ unter anderem. Im Jänner 2018 erteilte der Petitions- und Rechtsbereinigungsausschuss jedoch eine ablehnende Stellungnahme. „Unserer Meinung nach ist der Zwangsanschluss als reine Geldbeschaffungsaktion der Gemeinden zu sehen und hat nichts mit der Idee ‚Zukunft Trinkwasser‘ zu tun“, so der Sprecher der Initiative, Johann Huemer, der die politischen Entscheidungsträger in einem ausführlichen Schreiben bittet, die Entscheidung zu überdenken, , denn: „Je mehr Bürger in Selbstverantwortung um eine gute Wasserqualität eingebunden sind, umso mehr kann diese gewährleistet werden.“ Das habe sich in vergangen Krisenfällen bereits bestätigt.

POLITIK UND PREISE

Der kürzlich stattgefunden ober- und niederösterreichische Agrargipfel in Asten hat es mir wieder deutlich gemacht: Es bewegt sich doch was in der Agrarpolitik.

Auf der einen Seite wird zwar lamentiert über die Kommissionsvorschläge zur neuen GAP, anstatt öffentlich zu diskutieren, wo Einsparungen schon machbar sind, ohne den Bauern von ihren Agrargeldern auch nur einen Cent abzuziehen. Einsparungen in der Abwicklung und Verwaltung, sowie landwirtschaftsfremde Bereiche, die sich im Agrarbudget verstecken, bieten hier ein reiches Betätigungsfeld. Mir ist klar, dass hier auch viel kreative Buchhaltung in Brüssel betrieben wird und auf diese Art viel getrickst und kunstvoll verschleiert wird. Das ist halt Teil der europäischen Politik. Aber viel wichtiger waren beim Agrargipfel die Diskussionen über bessere Preise. Von zwei namhaften Vertretern aus der Lebensmittelwirtschaft kam der Anstoß, sich doch über die Möglichkeiten zu unterhalten, wie wir uns preislich von ausländischer Ware und vom Überschussmarkt absetzen können.

Sowas nennt man eine Steilvorlage für die Agrarpolitik. Der Ball ist aufzunehmen und unbedingt zum Erfolg der Bauern zu verwerten. Es muss endlich wieder was zu verdienen sein in der Landwirtschaft und nicht nur an ihr. Schlimm genug, dass die Wirtschaft schon eher merkt wie prekär die Ertragslage bei den Landwirten ist, als die Politik!

FRANZ GRAF

FREIHEITLICHE BAUERNSCHAFT OBERÖSTERREICH

WERDEN SIE MITGLIED IN DER FREIHEITLICHEN BAUERNSCHAFT OÖ

Wir kämpfen für die Interessen unserer Landwirte. Werden Sie für nur 15 Euro jährlich Teil dieser starken Gemeinschaft und genießen Sie die exklusiven Vorteile, die wir unseren Mitgliedern bieten:

- **TOP INFORMIERT MIT DER ZEITUNG „DER FREIE BAUER“**
- **PER MAIL: NEWSLETTER „DER FREIE BAUER“**
- **EINLADUNG ZU FACHTAGUNGEN**
- **STAMMTISCHE MIT PODIUMSDISKUSSIONEN**

SENDEN SIE UNS EINFACH EINE EMAIL MIT IHREN KONTAKTDATEN. WIR SCHICKEN IHNEN DIE BEITRITTSUNTERLAGEN ZU: BEITRITT@FB-OOE.AT

LKR Ing. Franz Graf
Landesobmann der
Freiheitlichen Bauernschaft

Freiheitliche Bauernschaft Oberösterreich